



H

Anfrage 26003

an den Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

gem. § 24 Abs. 4 Gemeindeordnung i.V.m. § 21 Abs. 2 Geschäftsordnung

Stadträtin/Stadtrat:

Dagenbach

Fraktion/Gruppierung:

PRO Heilbronn

Datum:

7.1.2026

Katastrophenschutz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der von Linksextremisten verursachte und terroristisch eingestufte Anschlag in Berlin führte zu einem massiven Stromausfall in den Stadtteilen Lichterfelde, Zehlendorf, Nikolassee und Wannsee.

Betroffen waren rund 45.000 Haushalte mit ca. 90.000–100.000 Menschen und 2.200 Gewerbebetriebe, was etwa der Größe der Kernstadt Heilbronn entspricht.

Der Ausfall dauerte bis zum 7. Januar 2026 (heute) und gilt als der längste Stromausfall in Berlin seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der verursachte Stromausfall offenbarte Berichten zufolge auch schwere Mängel in den Infrastrukturen – insbesondere der Notfallvorsorge - bei vielen deutschen Städten.

In Berlin waren die Folgen des massiven Stromausfalls, daß Tausende Haushalte seit Tagen ohne Strom gewesen sind mit allen möglichen Folgen für von elektrischer Energie abhängigen Einrichtungen, Geräten und Maschinen mit teils schweren Schäden.

Davon abhängige Menschen waren persönlichen und gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt, warme Unterkünfte und Notstromaggregate standen zumindest längere Zeit nicht zur Verfügung.

Im Detail:

- Bei winterlichen Temperaturen (Frost und Schnee) saßen viele Menschen tagelang in kalten, dunklen Wohnungen. Besonders vulnerable Gruppen wie Ältere, Kranke oder Hilfsbedürftige litten stark (z. B. Berichte über eine 84-



H

Jährige, die stundenlang frierend ausharren musste). Pflegeheime und Kliniken mussten teilweise Patienten verlegen oder auf Notstrom umstellen.

- Keine warmen Mahlzeiten oder warmes Wasser , weil Herde, Wasserkocher und Heizungen ausfielen.
- 19 Schulen in Steglitz-Zehlendorf blieben vorerst geschlossen; Kitas boten nur eingeschränkte Notbetreuung.
- Wirtschaftliche Schäden gab es in Millionenhöhe durch Ausfälle in Geschäften, Produktion und Wertschöpfungsketten; Gewerbebetriebe konnten nicht arbeiten.
- Kommunikation und Mobilität waren eingeschränkt, Mobil- und Festnetz teilweise gestört; Ampeln und S-Bahnen davon betroffen.
- Gesundheits- und Sicherheitsrisiken entstanden durch fehlende Heizung, defekte Geräte oder geplatzte Wasserrohre; Notunterkünfte, warme Mahlzeiten von Kirchen, Moscheen und Hilfsorganisationen sowie Bundeswehr-Unterstützung (z. B. Notstromaggregate, Logistik) waren nötig und zunächst nicht ausreichend verfügbar

Dazu wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie ist der Stand der Vorsorge, wenn die Stadt Heilbronn in eine ähnliche Situation kommen sollte;
2. für wie viele Menschen werden Notunterkünfte kurzfristig verfügbar,
 - 2.1 in festen Bauten und welchen,
 - 2.2 in Zelten und wo;
3. werden ausreichend Kapazitäten in Kliniken und Pflegeheimen zur kurzfristigen Unterbringung von kranken Mitmenschen vorgehalten und wie viele;
4. ist für solche Unterkünfte ausreichend die Ausstattung mit Notstromaggregaten, Brennstoff u.a. für Licht, Heizung und Essenzubereitung vorgesorgt;
5. wie wird die
 - 5.1 Mobilität und
 - 5.2 Kommunikation sichergestellt;
6. wie hoch ist die Zahl verfügbarer Notstromaggregate, die von Stadt und Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden können;
7. welchen Katastrophenschutzplan gibt es und wo ist dieser einsehbar
8. in welcher Weise wird sonst Vorsorge getroffen?



H

Mit freundlichen Grüßen

Alfred Dagenbach

Stadtrat